



**Landvolk Niedersachsen**  
Landesbauernverband e.V.



## **Mehr Unterstützung für die Schweinehaltung!**

Gemeinsame Resolution des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes e.V., des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes e.V. und des Niedersächsischen Landvolkes anlässlich des von den Ministerinnen Klöckner, Otte-Kinast und Heinen-Esser initiierten zweiten Branchengesprächs Fleisch am 9. Oktober 2020 in Berlin

Die Not der Schweinehalter, vor allem der Sauenhalter ist groß! Der Ausbruch der ASP im Wildschweinebestand in Brandenburg hat einen dramatischen Preissturz bei Mastschweinen und Ferkeln ausgelöst. Zudem sind wichtige Zukunftsfragen der Branche, wie die Umsetzung der Änderungen der Tierschutznutztierhaltungs-Verordnung und der Abbau der Schlachtüberhänge aus der Corona-Krise, nach wie vor unbeantwortet. Viele Bauern und Bäuerinnen fürchten um die Existenz ihrer Betriebe. In den zurückliegenden zehn Jahren mussten etwa **70 % der Ferkelerzeuger** in Deutschland ihre Betriebe schließen. So kann es nicht weitergehen!

### **Schweinehaltung in Deutschland erhalten und für die Zukunft stärken!**

WLTV, Landvolk und RLV fordern daher von der Politik schnelle, wirksame und unbürokratische Unterstützung für die Schweinehaltung in NRW und Niedersachsen. Hierbei muss die Lösung folgender Punkte im Vordergrund stehen:

#### **ASP: Exit-Strategie**

Politik und Behörden müssen alles daran setzen, diese Seuche einzudämmen und wieder aus Deutschland zu verdrängen. Wir brauchen einen **stabilen Zaun** und eine **wildschweinfreie Zone** an der polnischen Grenze. Reisende dürfen Wurstbrote und andere Essensreste nicht unachtsam wegwerfen - denn auch darin kann das Virus überleben und verbreitet werden.

#### **Schweinestau abbauen**

Eine Anpassung der Tierbestände kann - abgesehen von einer „staatlichen Intervention“ mit einer Herausnahme von Schlachtkörpern aus dem Markt und der Lagerung in Tiefgefrierlagern - naturgemäß erst mittel- und langfristig erfolgen. **Kurzfristig** wirksam ist dagegen der **Ausbau von Schlacht- und Zerlegekapazitäten**. Erhöhte Auflagen in Schlacht- und Zerlegeunternehmen müssen vorübergehend ausgesetzt werden. Unter-

stützende Maßnahmen sind die Aufhebung von Obergrenzen und die Erweiterung von Arbeitszeiten an Sonn- und Feiertagen.

### **ASP Bund-Länder Task-Force**

Die Gründung einer Bund-Länder Task-Force unter Einbeziehung der Wirtschaftsbeteiligten ist dringend erforderlich, analoges Vorgehen dazu gibt es auf Länderebene mit den Sachverständigengruppen in NRW und Niedersachsen. Eine Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern ist im ASP-Krisenfall unumgänglich.

### **Anpassung der Förderrichtlinie**

Die Befristung der 300 Mio. Euro Fördermittel bis Ende 2021 muss aufgehoben werden. Der derzeitige zeitliche Ablauf ist unrealistisch und nicht praxistauglich, da für den Förderantrag eine Baugenehmigung vorliegen muss. Auch die Beratung für ein Umbaukonzept sollte durch Berater vor Ort möglich sein. In der vorliegenden Form ist das Programm für umbauwillige Sauenhalter nicht nutzbar und entspricht nicht seiner ursprünglichen politischen Zielsetzung.

### **Änderungen TierSchNutzV: Spielraum bei Ausführungshinweisen nutzen**

Die TierSchNutzV ist geändert worden. Bei der Umsetzung der Neuerungen gibt es jedoch unverändert viele Unsicherheiten und Klärungsbedarf. Ausführungshinweise müssen hier eine dringend erforderliche Hilfestellung bieten, um Detailfragen zu beantworten und Klarheit zu schaffen.

### **Tier- und Umweltschutz: Zielkonflikte lösen!**

Das Baurecht muss dringend so geändert werden, dass An- und Umbauten von Ställen und auch **Tierwohl-Ersatzbauten** möglich werden. Zusätzlich braucht es Anpassungen beim Immissionsschutzrecht, um eine sogenannte **Tierwohlverbesserungsgenehmigung** zu erhalten. Wenn hier nicht entschlossen und zeitnah gehandelt wird, bleiben alle Absichtserklärungen für mehr Tierwohl in der deutschen landwirtschaftlichen Nutztierhaltung fromme Wünsche, aber keine realistische Vision für die Zukunft.

Der landwirtschaftliche Berufsstand steht Veränderungen auch in der Schweinehaltung grundsätzlich offen gegenüber. Allerdings braucht es Unterstützung, um Strukturbrüche insbesondere bei kleineren und mittleren Ferkelerzeugern zu vermeiden. WLV, Landvolk und RLV appellieren an die politisch Verantwortlichen, die Landwirtschaft mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

9. Oktober 2020